



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/296

20. Dezember 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zum Ergebnis von Brüssel	S.1
Die UNO nimmt sich der Kriegsgefangenen an	S.3
Krankenversicherung auf breiterer Basis	S.4
Die neue bayerische Regierung	S.5
Ost-Nachrichten	S.7

Der angemessene Preis

P.R. Man weiss noch nicht, wann die Besprechungen der westlichen Alliierten mit der Bundesregierung beginnen und wie lange sie dauern werden, die zu einer "Einreihung deutscher Einheiten in die Europa-Armee" führen sollen. Hört man von der Tatsache dieser bevorstehenden Besprechungen, so könnte man darin das alliierte Eingeständnis sehen, dass, da in und vor Brüssel ohne die Deutschen verhandelt wurde, mit einer internen Einigung der anderen Seite keine deutsche Stellungnahme vorweggenommen sei.

So ist es, mit deutschen Augen gesehen, in der Tat. Leider muß man aber den Eindruck haben, dass die andere Seite in den angekündigten Verhandlungen mit deutschen Stellen nur die Ausfüllung eines bereits durch Pleven- und Spofford-Plan gespannten Rahmens sieht. Es hiess ja bereits in einer Brüsseler Meldung, das Thema der Konferenz zwischen den Aussenministern der Westmächte und ihren Hohen Kommissaren sei es gewesen, die Wege zu besprechen, über die die Bundesregierung zu einer Beteiligung "in der beschlossenen Stärke und unter den genannten Bedingungen" veranlasst werden könnte. Das würde bedeuten, dass alle jene diskriminierenden Umstände der deutschen Beteiligung, wie sie in den genannten Plänen enthalten sind, beibehalten werden sollen und dass man sich höchstens in den Modalitäten Zugeständnisse abhandeln lassen will. Auch spielen in den Begründungen für solche

Hinweise

Vorhaben immer noch eine Rolle, die in offenen Verdächtigungen der Zuverlässigkeit des deutschen Partners bestehen. Man will höchstens eine "Armee im Stabesfreitenrang", wie man sehr treffend gesagt hat, zulassen. Das alles sind unmögliche Voraussetzungen und es war wahrlich bezeichnend, dass selbst Dr. Adenauer - freilich wohl vor allem unter dem Druck der Opposition - die Zumutungen des Spofford-Planes abgelehnt hat.

Das Verfahren, in zweitägigen, sehr summarischen Verhandlungen der Ausenminister nach den präjudizierenden Beschlüssen von Sondergremien den genauen Rahmen zu bestimmen, in dem sich Deutschlands militärischer Beitrag zu bewegen habe, ist kränkend, unzeitgemäss, deshalb unklug und wird nur Vorbehalte nähren und inneren Widerstand wecken, wo alles darauf ankommen sollte, aufrichtige Bereitschaft zur Mitarbeit zu erzielen. Ausserdem schliesst dieses Verfahren, worauf Dr. Schumacher schon aufmerksam gemacht hat, den Bruch des von hohen alliierten Beamten gegebenen Wortes ein, den Deutschen die volle Gleichberechtigung bei ihrer Beteiligung an der Verteidigung des Westens zuzugestehen.

Immerhin bleibt dadurch, dass - wie entgegenkommend! - mit den Deutschen noch verhandelt werden soll, ein Rest von Hoffnung, dass die Alliierten ihren Standpunkt revidieren werden. Er besteht nicht, wie sie selbst immer wieder sagen, nur in dem Verlangen an die Deutschen, sich an der Verteidigung der westlichen Welt zu beteiligen, wenn sie deren Vorzüge mitgeniessen wollen. Er besteht vielmehr in der Nichtachtung des Umstandes, dass das von einem künftigen Krieg am meisten bedrohte Land alle Risiken auf sich nehmen soll, ohne dass die ungleich stärkeren, aber nur mittelbar bedrohten Länder bereit sind, diesen Partner, Deutschland, in ihren Schutz zu nehmen, so als ob Deutschland ein Teil ihrer selbst wäre.

Unter den gegebenen Umständen können daher - von der erfüllten Voraussetzung einer wirklichen Gleichberechtigung der Partnerschaft abgesehen - nicht Zusagen genügen, sondern nur Tatsachen, die effektive Sicherheit schaffen, wenn man Deutschlands Zustimmung erreichen will. Das ist nicht mehr als billig, wenn es auch die Alliierten einiges kosten wird, im eigentlichen Sinne des Wortes und in der Überwindung überholter Sieger-Vorstellungen. Der Preis bliebe angemessen für das, was damit erreicht würde.

Ein Schritt vorwärts in der Kriegsgefangenenfrage

Von unserem H.St.-Korrespondenten

Lake Success, im Dezember

Mit ihrem Beschluss, sich des Schicksals der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion anzunehmen, betritt die UNO Neuland, denn es war bisher eine der Grundregeln der Organisation, alle Dinge, die mit der Liquidierung des zweiten Weltkrieges zusammenhängen, im alliierten Rat der Aussenminister, dem Berliner "Kontrollrat" oder, für Japan, der "Fernostkommission" zu erörtern und der Zuständigkeit der UNO zu entziehen.

Die Generalversammlung hat formell erklärt, dass Kriegsgefangene keine vergessenen und verlorenen Menschen sind, sondern Anspruch auf Schutz und Sicherung ihrer Rechte haben, und dass, wo immer diese Rechte verletzt werden, die höchste internationale Autorität auf Erden, die UNO, bereit ist, sich ihrer anzunehmen. Es ist ferner zugestanden worden, dass offensichtlich die Behandlung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion - um einen milden Ausdruck zu gebrauchen - stark zu wünschen übrig liess und mit dem geltenden Völkerrecht in keiner Weise übereinstimmt; die Russen und ihre ergebenen Satelliten, die dies bestritten, standen völlig isoliert da und kein anderes Land liess sich durch die Brandreden ihrer Sprecher umstimmen. Es ist drittens ein Mechanismus eingerichtet worden, der geeignet ist, die fürchterliche Ungewissheit, die seit Jahren über den verzweifelt Angehörigen lastet, zu beseitigen, und Klarheit zu gewinnen. Das Sekretariat der UNO soll Informationen über das Schicksal der Kriegsgefangenen entgegennehmen, insbesondere Listen der noch in Russland festgehaltenen, sowie Todeserklärungen der in Russland Verstorbenen.

Weigert sich Moskau, bis zum 30. April 1951 diese Informationen zu geben, dann soll nach diesem Stichtag eine aus drei "unparteiischen und angesehenen" Persönlichkeiten bestehende Untersuchungskommission zusammentreten, die alle verfügbaren Dokumente, z.B. Zeugenaussagen heimgekehrter Gefangener, angekommene Briefpost, Aktensammlungen der Regierungen Deutschlands, Italiens, Japans, Österreichs usw. und ähnliches zusammenstellen und prüfen soll. Die Sowjetregierung wird dieser Kommission gewisslich das Betreten russischen Bodens verwehren, aber auch so kann sie schon viel nützliche Arbeit leisten: sie kann einen moralischen Druck auf die Russen ausüben, der vielleicht doch eines Tages einmal Früchte tragen wird, sie kann die russischen

Propaganda-Behauptungen, sich in der Kriegsgefangenenfrage korrekt verhalten zu haben, widerlegen, und sie kann akten- und ziffernmässig ein einigermaßen klares Bild von der wirklichen jetzigen Lage zusammenstellen und dieses Bild der UNO und der Weltöffentlichkeit unterbreiten.

Von den Vertretern des Sowjetblocks abgesehen, bestand in der Versammlung Einmütigkeit darüber, dass etwas zugunsten der spurlos verschollenen Gefangenen zu geschehen habe, daher wurde die englisch-amerikanisch-australische Resolution, die die geschilderten Forderungen enthielt, mit grosser Mehrheit und nur unwesentlichen Abänderungen angenommen. Nur die fünf Staaten des Sowjetblocks stimmten dagegen, und nur acht Staaten, meist asiatische und orientalische Länder, enthielten sich der Stimme.

Gewiss lässt sich nicht sagen, dass nunmehr unter die leidige Frage der Kriegsgefangenen ein Schlussstrich gezogen ist, und erst recht lässt sich nicht behaupten, dass die noch in Sibirien oder im Ural schmachenden Gefangenen nunmehr beschleunigt freigelassen und heimgeschickt werden dürften. Solche weitreichenden Hoffnungen wären nicht gerechtfertigt; aber dass ein erster Schritt getan ist, dass das Problem überhaupt erst einmal von der UNO aufgegriffen worden ist, und dass man nunmehr wenigstens auf Klarheit und genaue Information über die tatsächliche Lage wird rechnen können, ist doch ein nennenswerter, erfreulicher Schritt vorwärts, dessen Bedeutung man nicht leugnen kann.

Krankenversicherung auf breiterer Basis

sp. Anfang des nächsten Jahres wird neben vielen anderen sozialen Fragen den Bundestag auch ein von der SPD eingebrachter Antrag beschäftigen, der die Erweiterung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung auf mindestens DM 600.-- im Monat vorsieht. Die Regelung soll danach vom 1. April 1951 an in Kraft treten.

Der Vorstoss setzt die Linie der Bemühungen fort, die zuletzt, nach heftigen Widerständen, in dem vom Wirtschaftsrat angenommenen Sozialversicherungsanpassungsgesetz von 1949 Erfolg hatten. Sie sind darauf gerichtet, systematisch den Kreis der Personen zu vergrössern, dessen soziale Sicherheit so gross, wie es unter den gegebenen Umständen nur eben möglich ist, sein soll. Im Sozialversicherungsanpassungs-

gesetz wurde der versicherungspflichtige Mindestbetrag von bisher DM 300.-- auf 450.-- heraufgesetzt. Eine neue Erhöhung würde inwischen eingetretenen Verschiebungen in der Struktur der Angestelltengehälter entsprechen und sich auch der auf 600.-- DM erhöhten Pflichtgrenze in der Angestelltenversicherung anpassen. Auch ist die Gefahr sehr gross, dass Angestellte, die mehr als DM 450.-- verdienen, von der Möglichkeit, unversichert zu bleiben, allzu zahlreiche Gebiete machen. Das allgemeine Interesse aber kann sich einen ungenügenden Krankenschutz schon deshalb nicht leisten, weil es zuletzt in den meisten Fällen öffentliche Einrichtungen sind, die später für die Folgen persönlicher Leichtfertigkeit aufkommen müssen - durch vorzeitige Pensions- und Rentenzahlungen sowie Fürsorgeleistungen und auf mancherlei andere Weise. Schliesslich erscheint es grundsätzlich wichtig, die Basis solcher Versicherungen möglichst breit und tragfähig zu gestalten und durch die Hereinnahme höherer Gehaltsklassen mit ihrem besseren Versicherungsrisiko eine solidere Grundlage für die notwendige Stützung der geringeren Gehaltsstufen zu schaffen.

Das Vorhaben findet die Unterstützung der Gewerkschaften und wird von den Arbeitgebern, deren Pflichtanteil aufs ganze gesehen dadurch erheblich erhöht würde, aber auch von den Ersatzkassen heftig bekämpft werden. Der Einwand, der bereits gemacht worden ist, man solle mit diesem Gesetz bis zur allgemeinen Neuregelung der Sozialversicherung warten, ist nicht stichhaltig, denn die behandelte Maßnahme auf einem Sondergebiet, die besonders dringlich erscheint, wäre ohne jede organisatorische oder formalrechtliche Schwierigkeit durchzuführen. Die Neuordnung der Sozialversicherung aber liegt noch im weiten Felde.

- - - -

Ehard mit den Sozialdemokraten

-dt. Noch steht der neue Kultusminister von Bayern nicht fest, sicher aber ist, dass es nicht Dr.Eurdhammer sein wird. Das ist eines der markanten Merkmale der jüngsten Entwicklung in Bayern. Dass es so gekommen ist, hat beträchtliche Kämpfe innerhalb der CSU-Fraktion gekostet. Das zweite, nicht minder markante und in jeder Beziehung mit dem ersten Merkmal zusammenhängende Ergebnis ist, dass in zweitgrößtem Bundesland nun ebenfalls Sozialdemokraten über die Geschicke des Landes mitentscheiden.

Bundesfinanzminister Schäffer hat sich als Abgesandter Dr.Ade-

nauchs alle Mühe gegeben, eine Koalition CSU/SPD zu verhindern, obwohl die SPD aus den Wahlen als stärkste Partei hervorgegangen war und die CSU lediglich dem komplizierten Wahlsystem die Führung im Landtag mit einem Vorsprung von einem Mandat verdankt. Dass die CSU diesen Gegebenheiten Rechnung getragen hat, ist in erster Linie wohl dem realpolitischen Sinn Dr.Ehards zu danken; dass er dabei die Forderung der SPD durchgesetzt hat, Dr.Hundhammer aus der Regierung auszubooten, stellt ihm ein besonderes Zeugnis an Einsicht und nüchterner Urteilsfähigkeit aus. In der entscheidenden Landesausschusssitzung der CSU hatte Schäffer eine Grosse Koalition, noch dazu ohne Hundhammer, als Kapitulation bezeichnet. Er und Hundhammer verliessen die Sitzung, als sich zeigte, dass Dr.Ehard die Mehrheit hinter sich hat.

Freilich wird Ehard ständig mit Schwierigkeiten in seiner Fraktion rechnen müssen. Dr.Hundhammer, jetzt Fraktionsführer der CSU, ist als Politiker zu ehrgeizig, als dass er nicht alles daran setzen wird, das verlorene Terrain wieder-zu-gewinnen. Als die neue Regierung sich dem Landtag vorstellte, vermisste man im Abstimmungsergebnis 16 Pro-Stimmen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese 16 Stimmen in der CSU-Fraktion sucht. Man darf daher die Schwierigkeiten der Position Ehards nicht unterschätzen: er hat ein Drittel der Fraktion gegen sich, und er hat mit der Gegnerschaft eines Fraktionsvorsitzenden von der Vitalität eines Hundhammer zu rechnen - im Hintergrund eine von der Regierungsbildung enttäuschte und noch schärfer in die Demagogie gedrängte Bayernpartei, mit der Hundhammer mehr als einmal kokettiert hat. Aber Ehard kennt nun die Stärke der Opposition in den eigenen Reihen und er wird seine Entschlüsse diesem Faktum anpassen können. Wie weit diese Situation die Arbeit in der neuen Koalition beeinträchtigen wird, muss abgewartet werden.

Eine Koalition CSU/SPD hat es neun Monate lang im Jahre 1947 schon gegeben; sie ist damals daran zerbrochen, dass die SPD ihre Forderungen im Kabinett nicht durchzusetzen vermochte. Es ist anzunehmen, daß man diesmal auf beiden Seiten lange geprüft hat, ehe man sich vereinigte. Denn wenn es auch in erster Linie um bayerische Angelegenheiten geht, so greifen doch übergeordnete Dinge von der Bundesebene her in viele Entscheidungen ein, und sei es nur bei notwendigen Abstimmungen für den Bundesrat.

Völlig neu betritt der BHE das Parkett der bayerischen Staats-

kanzlei. Auch dem BHE sind nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen, er hat nur zwei statt - wie gefordert - drei Staatssekretariate erhalten. Aber die Situation ist in Bayern anders als in Schleswig-Holstein. In Kiel hat sich der BHE mit einer ausgesprochen bürgerlichen Regierung geeinigt, nicht zum Vorteil der Vertriebenen, wie sich bereits herausgestellt hat. In München hat der BHE dagegen die SPD zu Koalitionspartnern, auf die er sich in sozialen Belangen jederzeit verlassen kann. Wenn man sich auch eine nach aussen sichtbare stärkere Berücksichtigung der Vertriebenen gewünscht hätte, so kann doch gesagt werden, dass das heutige Gesicht der bayerischen Regierung der politischen Struktur des Landes besser entspricht als jedes andere vorangegangene Kabinett.

Nachrichten aus der Ostzone:

"Sektiererische Abweichungen" werden ausgemerzt

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, bereiten die SED-Landesvorstände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg neue Säuberungsmaßnahmen gegen Kreisvorstände und SED-Bürgermeister vor. Den Betroffenen werden "opportunistische und sektiererische Abweichungen" vorgeworfen. Diese Vorwürfe werden besonders gegen die SED-Kreisvorstände Magdeburg und Zittau erhoben. Die Magdeburger SED-Funktionäre sollen, wie es einem Vorbericht der SED-Parteikontrollkommission Sachsen-Anhalt heisst, eine "üble Koalitionspolitik mit reaktionären Elementen" getrieben haben. Der zweite SED-Sekretär des Landesvorstandes Mecklenburg, Karl Mewes, kündigte die Liquidierung mehrerer östlicher Parteileitungen in den Kreisen Rostock und Grevesmühlen an. Die dortigen Parteileitungen sollen, nach Mewes, "sektiererische Positionen" bezogen haben, indem sie "feindlichen großbäuerlichen Elementen prinzipienlos begegnet" seien. Diese Parteileitungen hätten in die von Agenten des Westens und von großbäuerlichen Kreisen unter der mecklenburgischen Landbevölkerung verbreitete Losung, "Das Scil ist viel zu hoch, wir können nicht abliefern, haltet das Getreide zurück", mit eingestimmt.

Seit Wochen kein Fleisch mehr

sp. Nach Informationen des Ostbüros der SPD hat die Bevölkerung in verschiedenen Städten der Länder Thüringen und Sachsen seit Wochen kein Fleisch mehr erhalten. In der Stadt Annaberg sind die Fischmarken seit Ende Oktober nicht mehr beliefert worden. Die sehr mangelhafte Gemüseversorgung wird vom Ministerium für Handel und Versorgung mit fehlenden Lagermöglichkeiten entschuldigt. In Zukunft darf Wintergemüse nicht mehr vom Einzelhandel, sondern nur noch von den zuständigen volkseigenen Aufkaufbetrieben eingelagert werden. Dadurch wird der Lagerraum noch mehr eingeschränkt als bisher.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmitt